Redaktion von R. Hahn,
Druck und Verlag von R. Graßmann
Kirchplatz Nr. 3.

Inserate: Die Petitzeile 1 Sgr.
Annahme: Kirchplatz 3 und
Schulzenstraße 17 bei O. H. T. Poppe.

# Stettiner Zeitung.

Preis in Stettin vierteljährlich 1 Thlr.,
monatlich 10 Sgr.,
mit Botenlohn viertelj. 1 Thlr. 7½ Sgr.
monatlich 12½ Sgr.,
für Preußen viertelj. 1 Thlr. 5 Sgr.

№ 282. Abendblatt. Montag, den 21. Juni 1869.

## Norddeutscher Reichstag.

54. Sitzung am 19. Juni.

Präsident Dr. Simson eröffnet die Sitzung um 11¼ Uhr.

Am Tische des Bundesrathes: Präsident Delbrück u. A.

Haus und Tribünen sind Anfangs sehr schwach besetzt.

Erster Gegenstand der Tagesordnung ist die Interpellation des Abg. v. Wedemeyer in Betreff der Aufhebung der Verpflichtung zur unentgeltlichen Gestellung der Landwehr-Mobilmachungs-Pferde seitens der Kreise.

Präsident Delbrück erklärt, daß er die Interpellation in der nächsten Sitzung beantworten werde; dieselbe wird demgemäß von der heutigen Tagesordnung abgesetzt, und es berichtet der Abgeordnete Schleiden Namens der 4. Abtheilung über die Wahl des Abg. Buff (Hessen). Die Abtheilung beantragt die Gültigkeitserklärung der Wahl.

Abg. Becker geht noch einmal auf die früher bereits mitgetheilten Ungehörigkeiten bei dieser Wahl (Gegenkandidat war bekanntlich Oppenheim) ein und hält dieselben für so bedeutend, daß eine Vernichtung der Wahl eintreten müsse. Im gleichen Sinne spricht Abg. Braun (Wiesbaden), welcher ausführt, daß in Folge der vorgekommenen vielfachen Mißbräuche das Wahlrecht von 16 Wahlbezirken vernichtet worden sei, wenn auch eine Berechnung noch eine Majorität für den Abg. Buff ergeben würde. Der Reichstag müsse die Wähler gegen Ungesetzlichkeiten und Gewaltthätigkeiten schützen. Erkläre man diese Wahl für gültig, so huldige man dem Grundsatze, daß man Jeden als gewählt zulassen müsse, der irgend ein Rechenexempel für sich aufstellen könne, wenn dasselbe auch völlig unrecht zu Stande gekommen sei.

Abg. v. Blanckenburg spricht für den Antrag der Abtheilung im Interesse derjenigen Wahlbezirke, welche die Majorität bilden und in denen keine Unregelmäßigkeiten vorgekommen. Das Wahlrecht der Majorität dürfe nicht zu Gunsten der Minorität gekränkt werden.

Abg. Frhr. v. Rabenau: Wo Wahlen stattfinden, kommen immer Unregelmäßigkeiten vor. Wollte man so penible sein, so müßten alle Wahlen kassirt werden.

Abg. Ackermann würde für Kassation der Wahl stimmen, wenn gerügt wäre, daß die Regierung ungesetzlich auf die Wahl eingewirkt hätte. Dies sei aber nicht behauptet und es könne deshalb von einem Einflusse der Regierung nicht die Rede sein. Statir. man Grundsätze, wie die Abgg. Becker und Braun sie proklamirt, so könne man jede Wahl ungültig machen.

Abg. Braun: Wenn die Regierung die Wahlfreiheit nicht schützt, wer soll sie denn schützen als der Reichstag.

Abg. v. Hennig erkärt sich für die Kassation der Wahl, worauf die Diskussion geschlossen wird.

Bei der Abstimmung wird der Antrag der Abtheilung angenommen, die Wahl somit für gültig erklärt.

Dritter Gegenstand der Tagesordnung ist die erste und zweite Berathung des Gesetzentwurfes, betreffend die Feststellung eines Nachtrages zum Haushaltsetat des norddeutschen Bundes pro 1870. (Etat für das Oberhandelsgericht in Leipzig.)

Der Etat setzt die Ausgabe für diesen Gerichtshof auf 74,500 Thlr., nämlich auf 68,500 Thlr. an fortdauernden und 6000 Thlr. an einmaligen außerordentlichen Ausgaben fest.

Abg. Reichensperger bespricht noch einmal die Nothwendigkeit der Errichtung des Oberhandelsgerichtshofes und erörtert demnächst die Frage, wie sich die Gehaltssätze für die Räthe desselben zu den Gehaltssätzen der Räthe des preußischen Obertribunals stellen, indem er die ersteren, mit Rücksicht auf das Defizit, für zu hoch gegriffen erachtet.

Präsident Delbrück: Nachdem die verbündeten Regierungen im Einverständniß mit dem Reichstage die Errichtung eines obersten Handelsgerichtshofes für nothwendig erachtet haben, mußten sie denselben auch zur Ausführung bringen. In eine Diskussion, ob dieses Institut nothwendig ist, kann ich daher nicht mehr eintreten. (Sehr richtig!) Bei einem Gerichtshofe, der der Natur der Sache nach aus Juristen der verschiedenen Bundesstaaten zusammengesetzt werden muß, war es ganz unmöglich, die Anciennetätsverhältnisse des preußischen Obertribunals zu berücksichtigen. Ich empfehle die Genehmigung des Etats.

Abg. Schleiden hält es nicht für nothwendig, daß das Oberhandelsgericht schon im nächsten Jahre in Thätigkeit trete. Man könne mit der Ausführung des Gesetzes bis zu einer gelegenen Zeit warten und man möge sich hüten, ein wenig zweckentsprechendes Provisorium zu schaffen. Man könne mit der Errichtung des Gerichtshofes so lange warten, bis die Civil-Prozeß-Ordnung für den ganzen Bund erlassen sei. Erst ein gemeinschaftliches Recht, dann Bewilligung des Budgets.

Abg. Lasker konstatirt, daß die Errichtung dieses Gerichtes auf die süddeutschen Abgeordneten einen besonders guten Eindruck gemacht habe. Männer, wie Dr. Völk, Frhr. v. Stauffenberg hätten dies ausdrücklich erklärt, und gemeint, daß dies der wichtigste Beschluß gewesen sei. Er bitte dringend, sich durch Nichts abhalten zu lassen, die Schöpfung ins Leben zu rufen und die Forderung unverkürzt zu bewilligen.

Nach kurzen Bemerkungen der Abg. Harnier und v. Luck wird die erste Berathung geschlossen und die Ueberweisung des Gesetz-Entwurfes an eine Kommission abgelehnt.

Darauf wird in die zweite (Spezialberathung) des Etats eingetreten.

Die Positionen für den ersten Präsidenten mit 6000 Thlrn., einen Vicepräsidenten mit 4000 Thlrn. und 12 Räthen mit je 3000 Thlrn. werden ohne Debatte genehmigt.

Zu Nr. 4 Tit. 1 beantragt Abg. Harnier die Reduktion der in Aussicht genommenen vier Subalternbeamten und vier Boten auf die Hälfte.

Präsident Delbrück erklärt sich damit einverstanden, da es überhaupt in dee Absicht gelegen habe, mit der Anstellung dieser Beamten nur nach Bedürfniß vorzugehen.

Der Antrag des Abg. Harnier wird angenommen, wodurch sich die fortlaufenden Ausgaben auf 62,000 Thlr. ermäßigen.

Mit dieser Aenderung wird der Gesetzentwurf in zweiter Lesung angenommen.

Vierter Gegenstand der Tagesordnung ist die zweite Berathung über den von den Abgg. Schulze-Delitzsch und Genossen beantragten Gesetzentwurf über die privatrechtliche Stellung von Vereinen auf Grund des von der XIV. Kommission darüber erstatteten Berichts.

Berichterstatter ist der Abg. Bähr (Kassel.)

Die Kommission hat den Gesetzentwurf einer eingehenden Prüfung unterzogen und denselbeu in vielfacher Beziehung abgeändert. Ueber die Kompetenzfrage hat sie keinen Beschluß gefaßt, da es einer Entscheidung darüber nicht bedürfe, weil der Reichstag solche Gesetze beschließen könne, ohne an besondere Formen gebunden zu sein, die Frage also nur für den Bundesrath von Bedeutung sei.

Bei der Spezialberathung wird die Diskussion der §§. 1—4 mit einander verbunden. Der §. 1 der Kommissionsvorschläge lautet: Vereinigungen von nicht geschlossener Mitgliederzahl zu einem in den Gesetzen nicht verbotenen Zwecke, insofern sie nicht zu den im Allgemeinen deutschen Handelsgesetzbuch aufgeführten Handels- oder den Versicherungsgesellschaften, so wie zu den im Gesetze vom 4. Juli 1868 für den norddeutschen Bund charakterisirten Erwerbs- und Wirthschaftsgenossenschaften gehören, und nicht auf Erwerb, Gewinn oder einen eigentlichen Geschäftsbetrieb abzielen, erhalten die Rechte eines anerkannten Vereins nach Inhalt des gegenwärtigen Gesetzes unter den nachstehenden Bedingungen. Diejenigen Bestimmungen der Landesgesetze, welche die Zulassung politischer und religiöser Vereine, sowie geistlicher Orden und Körperschaften vom Standpunkt des öffentlichen Rechts betreffen, werden durch das gegenwärtige Gesetz nicht berührt. Dasselbe gilt von den Beschränkungen des Vermögens-Erwerbs der todten Hand und religiöser Orden.

Die §§ 2—4 enthalten die Bestimmungen über die Errichtung der Vereine, die Statuten ꝛc.

Der Bundeskommissar Geh. Regierungsrath Eck erklärt: Der Gesetzentwurf ist von so hervorragender Wichtigkeit, daß eine Beschlußnahme des Bundesraths über die Stellung, welche die verbündeten Regierungen zu dem Gesetzentwurf einzunehmen beabsichtigen, noch nicht hat erzielt werden können. Ich bin daher nicht in der Lage, heute materielle Erklärungen abzugeben, kann vielmehr nur versprechen, daß die zu fassenden Beschlüsse der eingehendsten Berathung des Bundesraths werden unterzogen werden, was schon die hohe Bedeutung der Sache selbst erfordert.

Abg. Wagener (Neustettin) bedauert, daß ein so wichtiger Gesetzentwurf in den letzten Stunden des Reichstags zur Berathung gelange. Trotzdem sei es nöthig, eine bestimmte Stellung dem Entwurfe gegenüber einzunehmen, und deshalb erkläre er, daß er nicht in der Lage sei, für den Gesetzentwurf stimmen zu können, weil er glaube, daß die einzig richtige Art, auf diesem Gebiete vorzugehen, diejenige sei, welche man in der englischen Gesetzgebung eingeschlagen habe, d. h. nicht negative, sondern positive Vereine zu bestimmen, denen man die im Gesetzentwurfe festgesetzte Befugniß einräumen wollte. Er habe ferner erhebliche Bedenken gegen die Bestimmung, daß diese Vereine ihre Anmeldungen machen und ihre Bestätigung empfangen sollen von den gewöhnlichen Gerichten. Die Gerichtshöfe seien von den Verwaltungsgeschäften erst befreit worden und hier solle eine so tief greifende Materie wieder in die Gerichte zurückverlegt werden, welche ganz außerhalb ihrer Funktionen läge. Andere Bedenken wolle er bei den einzelnen Paragraphen geltend machen. Nach einigen Bemerkungen des Abg. Dr. Harnier, welcher eingebrachte Amendements vertheidigt, wird die Diskussion geschlossen.

Abg. Schulze dankt als Antragsteller dem Abg. Wagener dafür, daß er sich über die Motive zum Entwurf so klar ausgesprochen hat, er giebt ihm, dem Antragsteller, dadurch Anlaß, sich über seine persönliche Stellung zu dem ganzen Vereinswesen zu äußern. Er führt aus, daß Vereine die freie Initiative der freien organisirten Menschengesellschaft sind, und daß der Staat, der seine Aufgabe erkennt, sich mit der Vereinsgesetzgebung befassen muß. Die Bewegung sei bedeutsam und werde nie anders in gesetzlichen Schranken gehalten werden können, als wenn man sie in gesetzliche Bahnen lenke. Hemme man die Entwickelung, so dränge man die Bewegung in versteckte Bahn, und dann sei sie staatsgefährlicher als bei freiem Heraustreten. Eine Thatsache: dem deutschen Vereinswesen wende das ganze gebildete Europa die höchste Anerkennung zu, selbst Frankreich, das sonst höchst ungern Fremdes anerkennt; Engländer seien hierher gekommen, um das deutsche Vereinswesen zu studiren. Dazu kommen noch die Vorgänge in Deutschland selbst, die es fast unmöglich machten, stehen zu bleiben. Es sei ihm nicht in den Sinn gekommen, in die Verhältnisse des öffentlichen Rechts einzugreifen, es solle nur den Vereinen die Rechtsfähigkeit, die rechtliche Persönlichkeit gesichert werden, sobald man sie für zulässig erachtet hat.

Die §§ 1—4 werden angenommen, §. 1 mit der vom Abg. Harnier beantragten Aenderung, daß statt „Vereinigungen von nicht geschlossener Mitgliederzahl“ gesagt werde „Vereinigungen von nicht geschlossenen Mitgliederbestande.“

Die übrigen Paragraphen des Gesetzentwurfs werden unter ziemlicher Unaufmerksamkeit des Hauses und ohne erhebliche Diskussion mit wenigen nicht wesentlichen Aenderungen nach den Kommissions-Anträgen angenommen.

Bei der Diskussion über §. 30 beantragt der Abg. Graf Lehndorf wegen anscheinender Beschlußunfähigkeit des Hauses die Auszählung desselben. Dieselbe ergiebt die Anwesenheit von 121 Mitgliedern; das Haus ist also nicht beschlußfähig.

Präsident Dr. Simson beraumt die nächste Sitzung auf heut Abend 7 Uhr an. Tagesordnung: Fortsetzung der Berathung.

---

## Deutschland.

□ **Berlin,** 20. Juni. In mehreren Blättern ist nach einem ursprünglich in der „Augsbg. Abdztg.“ entnommenen Artikel die Nachricht enthalten, daß die bekannten Depeschen des baierischen Ministerpräsidenten Fürsten Hohenlohe in der Konzil-Angelegenheit auch an die preußische Regierung gelangt und von dieser in eingehende Erwägung gezogen seien. Die Nachricht bestätigt sich. Wie verlautet, hat indessen die preußische Regierung die von Baiern ausgemachten Vorschläge nicht zurückgewiesen, vielmehr sich geneigt gezeigt, in eine gemeinsame Erwägung über den Standpunkt einzutreten, den namentlich die deutschen Regierungen dem Konzil gegenüber einzunehmen haben. In welcher Weise eine solche Gemeinsamkeit der Erwägungen herbeigeführt werden soll, darüber verlautet bis jetzt nichts. Die Ansicht Baierns, daß akademische Gutachten über verschiedene mit dem Konzil zusammenhängende Fragen eingeholt werden sollen, theilt übrigens, wie wir hören, die preußische Regierung nicht. — Die Auseinandersetzung zwischen den Abgeordneten Dr. Becker und v. Hennig in den Zeitungen bestätigt neben andern Zeitungs-Nachrichten, daß innerhalb der Fraktionen Erwägungen in Betreff der Genehmigung der Petroleumsteuer gegen die Bewilligung einer noch weitern Herabsetzung des Eisenzolls (von 5 auf 2½ Sgr.) stattgefunden haben. Gleichzeitig wird indessen bestätigt, daß dieselben ohne Erfolg geblieben sind. Nach dem v. Hennigschen Briefe sowohl wie nach Berliner Zeitungs-Korrespondenzen sollen diese Verhandlungen auf Anregung der Regierung oder wenigstens einzelner Mitglieder der Regierung stattgefunden haben; es scheint jedoch, daß die ursprüngliche Anregung dazu aus den Kreisen der entschieden freihändlerischen Partei hervorgegangen ist. Die „National-Ztg.“ spricht noch jetzt von einer allseitig loyalen Verständigung und bezeichnet als Grundlage derselben eine abzugebende Erklärung der Regierung, wie weit sie die Erhöhung der Zuckersteuer für unzureichend halte, die Ausfälle im Tarif zu decken. Es sollten dann im Verhältniß die geeigneten Gegenstände aus der Liste der Ermäßigungen im Tarif gestrichen werden. Ob auf dieser Grundlage eine Verständigung thunlich ist, bleibe dahin gestellt. Das scheint aber sicher, daß eine Verständigung nicht zu Stande kommt, wenn die Mehrheit des Parlaments den Laskerschen Zusatz aufrecht erhält, wonach das Zustandekommen des Zuckersteuergesetzes von dem Nachgeben der Regierung in Bezug auf die Tarifvorlage abhängig gemacht wird. — Bisher bestand in England auf Grund der Marchant-Shipping-Akt vom Jahre 1854 die Einrichtung, daß wenn ein Schiff in der Nähe der britischen Küste verunglückt, ein Beamter der Receiver of Wrack die Verhältnisse des Schiffes und die Umstände, unter welchen das Unglück stattgefunden hat, prüft und ein Protokoll darüber aufnimmt. Für nichtenglische Schiffe gilt diese Bestimmung, wenn die Strandung derselben innerhalb 3 Meilen von der englischen Küste geschieht. Die englische Regierung hat nun durch ihren hiesigen Botschafter dem Bundeskanzler den Wunsch ausgesprochen, daß diese Befugniß der englischen Beamten auf eine weitere Entfernung als 3 Meilen von der Küste ausgedehnt werde, weil es nothwendig sei, daß dergleichen Erhebungen sobald als möglich nach dem erfolgten Unglück eintrete. Die britische Regierung hat diesen Wunsch auch anderen Regierungen ausgesprochen. Der Bundeskanzler theilt im Grund diese Ansichten über die Ausdehnung der Befugnisse der englischen Beamten und hat deshalb den Bundesfreistaaten (außer Preußen, Mecklenburg, Oldenburg, Hamburg, Bremen und Lübeck) mitgetheilt, daß die Festsetzungen wünschenswerth seien, mit dem Zusatze, die englische Regierung beabsichtige indessen nicht, einen Staatsvertrag mit dem norddeutschen Bunde wegen dieser Kompetenzerweiterung ihrer Beamten abzuschließen, und daß es daher darauf ankäme, sich gegen etwaige Reklamationen sicher zu stellen. Die Bundesfreistaaten haben ihr Gutachten bereits abgegeben. Preußen, Mecklenburg, Oldenburg, Hamburg und Lübeck haben sich zustimmend ausgesprochen, Bremen dagegen von dem Eingehen auf den Antrag abgerathen, weil Fälle denkbar wären, wo 1) ein solches Eingreifen der fremden Behörden den Interessen der Schiffer und Rheder nicht entspräche und weil es 2) zweifelhaft sei, ob man im Wege der Gesetzgebung eine ganze Bevölkerungeklasse für gewisse Fälle der Autorität eines fremden Staates unterwerfen könne; Bremen hat daher vorgeschlagen, daß die Angelegenheit beim Bundesrath zur Berathung komme. Dem entsprechend hat der Bundeskanzler den Vorschlag der britischen Regierung dem Bundesrath zur Beschlußfassung vorgelegt. — In den alten und den neuen Provinzen ist das Verfahren bei den Abiturientenprüfungen abweichend von einander. Es sind schon früher wegen einer Ausgleichung vorläufige Bestimmungen getroffen worden, um aber in das Verfahren eine definitive Uebereinstimmung zu bringen, sollen die in den alten Provinzen geltenden Bestimmungen über die Prüfung einer Revision und einer neuen Redaktion unterzogen werden. Es ist daher vom Kultusministerium angeordnet worden, daß die Provinzial-Schul-Kollegien die Angelegenheit in Erwägung ziehen und namentlich auf den Umstand ihre Aufmerksamkeit richten, in wieweit die bisherige Prüfungs-Ordnung der alten Provinzen einer zeitgemäßen Abänderung und Vereinfachung bedarf. Es ist dabei den Provinzial-Schul-Kollegien anheimgegeben, ob sie das Gutachten einzelner Direktoren oder Lehrer einholen oder ob sie die Angelegenheit ihren Lehrer-Konferenzen zur Begutachtung vorlegen wollen. — Nach Berichten aus den Regierungsbezirken Bromberg und Cöslin erhält sich die Neigung zur Auswanderung nach den Vereinigten Staaten von Nordamerika. In den Jahren 1865, 1866 und 1867 sind von den Behörden des Regierungsbezirks Bromberg an 706, 1110 und 1050 Personen Entlassungs-Urkunden ertheilt worden, im letzten Jahre 1474. In den ersten 4 Monaten d. J. sind von 384 Personen Entlassungs-Urkunden nachgesucht worden. Aus dem Regierungsbezirke Cöslin sind während der ersten 4 Monate d. J 978 Personen und namentlich aus den Kreisen Schivelbein und Lauenburg ausgewandert. In dem gleichen Zeitraume vorigen Jahres betrug die Zahl der Auswanderer 2039 Personen. Wenn schon die Zahl sich verringert hat, so ist der Verlust an Arbeitskräften ein empfindlicher, da die betroffenen Gegenden überhaupt schon Mangel davon hatten. — Für die internationale Garten-Ausstellung, welche in Hamburg vom 2. bis 12. September abgehalten werden soll, sind als besondere Auszeichnung von unserm landwirthschaftlichen Ministerium die große Staats-Medaille in Gold und Silber bewilligt worden, welche als erster und zweiter Preis zur Vertheilung kommen sollen.

**Berlin,** 20. Juni. Se. Majestät der König hat sich gestern Morgens von Emden über Leer, Papenburg, Meppen nach Lingen begeben, nahm während der Fahrt den Vortrag des Chefs des Militair-Kabinets v. Tresckow entgegen und besichtigte am Bahnhof zu Lingen die 3. Eskadron des 1. hannoverschen Drag.-Regts. Nr. 9. Mittags wurde die Fahrt von Lingen über Salzbergen nach Bentheim fortgesetzt und dort bei dem Fürsten von Bentheim das Dejeuner eingenommen. Gegen 3 Uhr reiste der König von Bentheim über Salzbergen und Rheine nach Osnabrück ab, besichtigte nach dem festlichen Empfange die 4. Eskadron 1. hannoverschen Dragoner-Regiments Nr. 9 und das 1. Bat. des 3. westph. Inf.-Reg. Nr. 16, stieg im Schlosse ab und beehrte nach Aufhebung der Tafel den Schützenhof mit einem Besuch.

— I. Maj. die Königin-Wittwe haben die Rück-

reise von Pillnitz bis auf Weiteres verschoben, treffen also heute noch nicht in Sanssouci ein.

— Se. Königl. Hoheit der Prinz Karl ist heute früh von Wiesbaden nach Schloß Glienicke zurückgekehrt.

— J. Königl. Hoheit die Frau Prinzessin Friedrich Karl ist gestern Nachmittag, von Deßau über Großbeeren kommend, nach dem Jagdschloß Glienicke zurückgekehrt.

— Se. Königl. Hoheit der Prinz Adalbert ist gestern, von der Jahde kommend, zur Fortsetzung seiner Kur nach Teplitz zurückgereist und wird von dort in einiger Zeit nach Schloß Fischbach gehen.

— Der Großfürst Konstantin Nioklajewitsch hat die Reise nach Leipzig bez. Altenburg fortgesetzt.

**Breslau,** 19. Juni. Der von der polnischen Grenze nach dem Innern von Rußland deportirte Bischof Lubienski starb auf dem Transport in Nischnei Nowgorod am Typhus.

**Hamburg,** 20. Juni. Die „Hamburger Nachrichten melden aus Kopenhagen von gestern, daß der dänische Konseilspräsident, Graf Frijs v. Frijsenborg, und der britische Gesandte in Kopenhagen eine Deklaration unterzeichnet haben, wonach dänische Unterthanen in England und Engländer in Dänemark von der Militärpflicht und von eventuellen Zwangsanleihen ausgeschlossen sein sollen.

**Altona,** 19. Juni. Das Panzerschiff „Prinz Adalbert" und die Yacht „Grille" sind heute Mittags vom Jahdebusen kommend in den hiesigen Hafen eingelaufen. An Bord der „Grille" befindet sich Kontre-Admiral Held.

**Frankfurt a. M.,** 18. Juni. Gestern befand sich der neue Regierungs-Präsident, Graf zu Eulenburg aus Wiesbaden, hier anwesend. Es wurden demselben, nachdem er die Schutzmannschaft besichtigt hatte, durch den Polizei-Präsidenten v. Madai auf dem Polizei-Präsidium die Beamten des letzteren, und von dem Bürgermeister Dr. Berg in dem „Römer" die Mitglieder des Magistrats vorgestellt. — Vorgestern gelangte der bekannte Prozeß des vormaligen Frankfurter Ober-Staatsanwalts Hecker (gegen das preußische Justizministerium) zur Verhandlung vor dem Appellationsgericht. Das Gericht vertagte den Urtheilsspruch bis nach den Gerichtsferien, nämlich bis zum 2. August.

**Dresden,** 19. Juni. Bei der heutigen Versammlung der zahlreich erschienenen Aktionäre der Löbau-Zittauer Eisenbahn wurden sämmtliche Anträge mit Ausnahme des zweiten einstimmig angenommen, und für den Anschluß Löbau-Rietschen das frühere Comité wiedergewählt.

**Aus Hessen,** 17. Juni. Die Bemühungen von gewissen Seiten her, liberale Synodalinstitutionen in die hessische Kirche reformirter und lutherischer Konfession einzuführen, erfreuen sich im Ganzen keiner großen Sympathie, werden vielmehr im Einzelnen auf entschiedenen Widerspruch stoßen. Ein eigentliches Bedürfniß liegt auch nicht vor, da, abgerechnet einige wohlbekannte tendenziöse Schreier, die Gemeinden schon an den politischen Agitationen übrig genug haben und man diese Unerquicklichkeiten nicht auch noch auf das kirchliche Gebiet übertragen sehen will. Besonders hat es auch mißfallen, daß die oberste Behörde, wenn sie instruktive Stimmen der hessischen Kirche hören wollte, sich nicht zunächst an die mit den wirklichen Verhältnissen bekannten kirchlichen Organe der Superintendenten und Konsistorien sich wendete, sondern eine bei Vielen minder beglaubigte Persönlichkeit als Vertrauensmann und Rathgeber sich zuführen ließ, wodurch natürlich die Schwierigkeit bei etwaiger kirchlicher Verfassungsänderung gewachsen ist. Mit Doktrinen, hessischen und nicht hessischen, ist die Gegenwart reichlich versehen, aber an wahrhaft praktischen Kirchenmännern, welche Erfahrung haben und auf eine vertrauenerweckende Weise mit Kopf und Herz ehrlich und aufrichtig, ohne Nebenabsichten, im kirchlichen Leben stehen, an denen ist kein Ueberfluß. Es ist zu rathen, den Mißgriff in Zeiten wieder zu korrigiren.

## Ausland.

**Wien,** 19. Juni. Ein Telegramm der „Abendpost" aus Tunis vom 18. d. meldet, daß durch Dekret des Bey im Einverständniß mit Frankreich, England und Italien eine Exekutivkommission, welche aus tunesischen und französischen Beamten besteht, beauftragt ist, unter internationaler Kontrole die Einkünfte in Empfang zu nehmen und unter die Gläubiger zu vertheilen.

**Paris,** 19. Juni. Telegraphischer Meldung zufolge ist in St. Etienne, Ricamarie und anderen Punkten des Kohlenbassins die Ruhe vollständig wiederhergestellt.

— Der Kaiser wird mit seinem Sohne am Montag nach dem Lager von Chalons abreisen; über die Reise nach Beauvais ist noch nichts bestimmt. — Die Grubenarbeiter von St. Etienne haben die Arbeit noch nicht wieder aufgenommen. — Die französisch-belgische Kommission hat gestern wieder eine Sitzung abgehalten; man erwartet ein baldiges und befriedigendes Resultat der Verhandlungen.

— 20. Juni. Durch Kaiserliches Dekret vom gestrigen Tage werden Schneider zum Präsidenten und Leroux, David und Dumiral zu Vicepräsidenten des gesetzgebenden Körpers ernannt. Baron David ist gleichzeitig Großoffizier der Ehrenlegion geworden.

**Mailand,** 19. Juni. Gestern Abend fanden auf dem Domplatz Zusammenrottungen und Ruhestörungen statt, welche durch Einschreitungen der bewaffneten Macht beseitigt wurden.

— Gestern haben hier wiederum Ruhestörungen stattgefunden, doch wurden die Tumultuanten, ohne Widerstand zu leisten, durch das Einschreiten der bewaffneten Macht zerstreut, die Rädelsführer verhaftet und die Ordnung wieder hergestellt. Heute hat der Präfekt eine strenge Proklamation erlassen, in welcher er vor ferneren Versuchen, die Ruhe zu stören, warnt. Die Herausgeber des „Gazettino Rosa" und des „Belfiore" sind verhaftet worden. — Die Regierung wird in ihren Bemühungen, die Ordnung aufrecht zu erhalten, von der überwiegenden Mehrzahl der Bevölkerung unterstützt.

**Madrid,** 19. Juni. Kortes. Der Republikaner Rubio stellt den Antrag zu erklären, daß die Kortes mit Mißvergnügen von dem Eintreffen des Herzogs von Montpensier in Spanien Kenntniß genommen hätten. Alarcon erklärt sich hiergegen, da keine Veranlassung vorliege, den Antrag Rubio in Berathung zu ziehen. Der Redner stellt einen hierauf zielenden Gegenantrag, welchen das Haus mit 94 gegen 67 Stimmen in Erwägung zu nehmen beschließt. Prim stellte darauf das neue Ministerium dem Hause vor und erklärt, die Regierung würde die Verfassung auf das Gewissenhafteste befolgen und dafür Sorge tragen, daß sie überall respektirt werde. Prim beschwört die republikanische Partei, in gemäßigter Weise vorzugehen, denn nur so könne man zur Verwirklichung seiner Wünsche gelangen. Der Konseilpräsident bemerkte ferner, die Regierung hege den Wunsch, gute Beziehungen mit den auswärtigen Mächten aufrecht zu erhalten, auch dürfte es dem Lande zum Nutzen gereichen, mit denjenigen Nationen, die ehedem zu Spanien gehört haben, auf's Neue in Verbindung zu treten. Was den Herzog von Montpensier angehe, so habe derselbe als General-Kapitän den Eid auf die Verfassung geleistet, seine Anwesenheit in Spanien sei deshalb zu gestatten und stehe in keinem Widerspruche zur Verfassung. Niemand werde dem Lande einen König aufzwingen, nur die Kortes hätten denselben zu wählen. Die von denselben getroffene Wahl werde jedoch von allen Seiten respektirt werden müssen.

**Bukarest,** 19. Juni. Die Kammer hat die geforderte Anleihe zurückgewiesen, jedoch gleichzeitig die Regierung zur Aufnahme einer schwebenden Schuld durch Ausgabe verzinslicher Bons auf ein Jahr ermächtigt.

**Halifax,** 18. Juni. Die Konvention der Repealligue hat sich vertagt, indem sie gegen den Staatenbund von Canada protestirte und die Bildung von Liguen in Neuschottland behufs der Vorbereitung eines ehrenhaften Ausschusses an die Vereinigten Staaten anempfahl.

## Pommern.

**Stettin,** 21. Juni. In der vorletzten Nacht zwischen 12 und 1 Uhr brach in der Dachetage des neben dem Logengarten belegenen Kriesen'schen Hauses Feuer aus, welches das Gebäude bis auf einen kleinen Theil des dem Logengarten zugewendeten Giebels einäscherte, da ungeachtet des schnellen und energischen Einschreitens der Feuerwehr bei der leichten Bauart des Gebäudes an Rettung desselben nicht zu denken war. Nur in Folge der günstigen Windrichtung gelang es, das Feuer auf seinen ursprünglichen Heerd zu beschränken. Die Feuerwehr war mit vollständiger Dämpfung des unter dem Schutte fortglimmenden Feuers und Aufräumung der Brandstelle noch während eines großen Theiles des gestrigen Tages beschäftigt. Ueber die Entstehungsart des Brandes fehlen noch zuverlässige Angaben. Bis kurz vor der Entdeckung des letzteren hatte in dem zu Restaurationszwecken und größtentheils zur Abhaltung von Tanzvergnügungen dienenden Hause Konzert und Vorstellung stattgefunden. Auch das Mobiliar des Beschädigten ist zum größten Theile mitverbrannt.

— Die „Od.-Z." meldet: Die kommissarischen Verhandlungen über die Bebauung des Terrains des sogenannten Festungshafens werden wieder aufgenommen; heute soll eine Konferenz zwischen Kommissarien der Regierung, des Militärfiskus und der Stadt in dieser Angelegenheit stattfinden. — Sicherem Vernehmen nach hat der Kriegsminister eingewilligt, der Postverwaltung für Errichtung eines den Verhältnissen entsprechenden Postgebäudes in Stettin einen Platz auf dem Terrain der Bastion X. zu überlassen.

— Die in der Junkerstraße hierselbst wohnhafte Wittwe des Arbeiters Schneider wurde gestern Nachmittag bei einem Rosendiebstahl von einem Grabhügel auf dem städtischen Kirchhofe, ertappt und auf dem Centralbüreau sistirt.

— Wie Berliner Blätter melden, gedenkt der Herr Bundeskanzler, Graf Bismarck, gleich nach dem Schlusse des Reichstages seinen Aufenthalt längere Zeit auf dem Schlosse Varzin zu nehmen.

— Die „Schützen-Kompagnie der Bürger" feiert heut ihr Königsschießen, und zwar, da bekanntlich ein hiesiger Schützengarten nicht mehr geschossen werden darf, in der Weise, daß das Schießen im Grabower, Mittagstafel, Konzert und Ball aber im hiesigen Schützenhause stattfindet. — Auch die Schützen-Kompagnie zu Grünhof hält heute in Glienken ihr diesjähriges Königsschießen ab.

— Bei dem gestrigen Schützenfeste des „Schützenvereins der hiesigen Buchdrucker", welches unter zahlreicher Theilnahme in Messenthin stattfand und in Heiterkeit und Frohsinn verlief, errang der Schriftsetzer Herr Wunsch aus unserer Offizin die Königswürde.

± **Greifenhagen,** 21. Juni. Gestern war hier Turnfest, das leider nicht von schönem Wetter begünstigt wurde und deshalb mit einem Schauturnen anfing und mit einem Bierturnen endigte. Von Stettin und der Umgegend waren Gäste hier, die sich vortrefflich amusirt haben sollen. Es ist zu bedauern, daß im Laufe der Zeit das Turnen, für das sich seiner Zeit ein so übergroßer Eifer entwickelte, allmälig und von selbst so in Verfall gerathen ist. Wie Alles seine Zeit dauert, so hat sich augenblicklich auch die edle Turnerei überlebt; wünschen wir derselben eine baldige Wiedergeburt. — Die Breslau-Schweidnitzer Bahn, welche partout auf kürzestem Wege das Meer erreichen will (wahrscheinlich um ohne Anspruch auf Rentabilität die niederschlesischen Kohlen, die doch selbst bei den billigsten Wasser-Frachten Placement gefunden haben, nach England zu verschiffen), läßt jetzt durch hier weilende Beamte das Projekt Cüstrin-Schönfließ-Greifenhagen-Finkenwalde-Stettin ausmessen und sind die Herren eifrig beschäftigt, das Terrain abzustecken. Die Bahn soll durch einen Einschnitt von Kronheide hinter dem Mühlen-Grundstücke der Herren Fischer u. Lockstädt, vorbei geführt werden und der Bahnhof oberhalb des Kirchhofs zu liegen kommen. Bahn und Soldin sollen unberücksichtigt bleiben. Die Berlin-Stettiner Bahn kann unseres Dafürhaltens froh sein, daß ihr die Swinemünder Bahn zu bauen abgenommen wird. Diese Bahn würde nie rentiren, denn das Geschäft ruht in unsern Gegenden doch im Winter gänzlich und nur große Konjunkturen bewirken eine Ausnahme. Wir haben Winter gehabt, wo das Haff und die Oder gar nicht zufror und trotzdem ist kein Scheffel Getreide verschifft worden, da hohe Frachten und Assekuranzen das Geschäft brach legten.

**Stargard,** 21. Juni. Auf dem Gute Billerbeck bei Dölitz schlug am 17. d. Mts. der Blitz in eine Ziegelscheune, und als diese in Flammen stand, ein zweiter in einen großen Viehstall. Beide Gebäude sind mit sämmtlichen darin befindlichen Vorräthen abgebrannt, das Vieh aber ist glücklicher Weise gerettet.

## Vermischtes.

**Berlin.** Der Wollmarkt eröffnete am Freitag, in kriminalpolizeilicher Hinsicht, mit einem Arbeiterkrawall, der, wie unser Berichterstatter meldet, bedeutende Dimensionen annahm. Etwa 60—70 Arbeiter verlangten von einem Kaufmann J. Beschäftigung und begannen, als ihnen solche nicht gewährt wurde, etwas zudringlich zu werden. Der Bestürmte schickte zur Polizei, welche einen Wachtmeister entsendete, der die Arbeitslustigen erst durch gütliches Zureden auseinander zu bringen suchte. Da dies indeß keinen Erfolg hatte und die Massen sich nach wiederholter Aufforderung nicht zerstreuten, so schritt der Wachtmeister zur Verhaftung des Rädelsführers, des Arbeiters W. Dieser aber widersetzte sich, warf den Beamten über einen Wollsack und wurde erst, als noch mehrere Schutzleute zum Succurs herbeikamen, festgenommen, aber von seinen Kumpanen den Händen der Polizei entrissen. Erst gegen Abend gelang es, an einem anderen Orte seine Verhaftung auszuführen.

**Dresden.** Ein alter Herr, dessen Züge viele Aehnlichkeit mit denen des Königs Johann aufweisen, erregt auf seinen Spaziergängen durch seine fremde militärische Uniform die Aufmerksamkeit des Publikums. Der Gebildete und Gereiste erkennt in dieser Uniform sofort die eines nordamerikanischen Generals. Dieser alte Herr ist der General Robert Anderson, welcher vor einigen Tagen mit seiner Familie hier angekommen ist. Denjenigen, die die Geschichte des jüngsten nordamerikanischen Bürgerkrieges kennen, ist dieser Name längst aus der mit großer Tapferkeit und Intelligenz geführten Vertheidigung des Forts Sumter im Beginn der Rebellion bekannt. Außerdem hat sich derselbe in verschiedenen anderen Affairen gegen die Mexikaner und Indianer große Verdienste und eine allgemeine Hochachtung erworben, die ihm auch hier von allen Amerikanern entgegen gebracht wird. Da Herr General Anderson mit seiner Familie einen längeren Aufenthalt hier nehmen wird, haben wir alsdann mit dem schon seit einem Jahre hier wohnenden Herrn Commodore Warden (dem Sieger des denkwürdigen Seegefechts zwischen den ersten eisernen Schiffen, dem Monitor und Merrimac) zwei Helden aus dem nordamerikanischen Bürgerkriege, von ihren Thaten ausruhend, friedlich unter unseren Bürgern wohnen.

— (Eine unfreiwillige Hungerkur.) Mit dem Dampfer „Rising Star" von Aspinwall kam am 25. Mai in Newyork ein 25jähriger Neger an, der während der ganzen Passage, die etwa neun Tage gedauert, nicht die mindeste Nahrung zu sich genommen hatte. In Aspinwall war er damit beschäftigt gewesen, das Kargo einzuladen und schlief nach dem Abendessen am Tage vor der Abfahrt des Dampfers unter Ballen und Kollis im untersten Schiffsraum ein. Als er am Morgen erwachte, war das Schiff bereits auf hoher See, aber da die Schiffslukеn geschlossen waren, wurden seine Rufe um Erlösung aus der unfreiwilligen Gefangenschaft wegen der ansehnlichen Tiefe, in der er sich befand, nicht gehört. Die Ladung in seiner nächsten Umgebung bestand aus Wolle, Gummi arabikum und Perlmutter-Muscheln, bot ihm daher keine Mittel zum Unterhalt. Obwohl er, da der Raum nicht überlagert war, hinlängliche Bewegung genoß, überkam ihm dennoch schließlich große Schwäche und er verfiel in einem tiefen Schlaf, aus dem er nicht eher erwachte, als am Tage der Ankunft des Dampfers in Newyork die Luken geöffnet wurden. Die frische Luft belebte ihn zwar, aber er war weder im Stande, zu stehen, noch zu gehen. Eine Tasse Thee hatte behufs Wiederbringung der Lebenskräfte wenig Erfolg, mehrere Gläser Sherry aber stärkten ihn sichtlich und allmälig war er auch im Stande, substantiellere Nahrung zu sich zu nehmen. Zur vollständigen Herstellung wurde er nach dem Negerhospital gebracht.

**Newyork** hatte kürzlich einen Strike eigenthümlicher Art. Die Kellner der größeren Hotels der Stadt sind am 1. Juni, nach getroffener Uebereinkunft, während des Diners der Gäste, und zwar nach dem ersten Gang, um Lohnerhöhung eingekommen. Der Coup ist jedoch mißlungen, denn die Hotelbesitzer wußten sich zu helfen und hatten sich Tags darauf die erforderliche Anzahl Kellner, in einzelnen Hotels 90 bis 100, zu dem alten Lohn von 30 Dollars per Monat nebst Kost gesichert und gleichzeitig beschlossen, keinen der „Striker" deren Zahl sich auf etwa 1800 beläuft, wieder zu engagiren.

## Wollbericht.

**Berlin,** 19. Juni, Mittags. Die Stimmung am heute beginnenden Wollmarkt war eine günstige, insofern Kauflust vorhanden, welche die Produzenten dadurch wach erhalten, daß sie sich willig dem angezeigten Preisdrucke fügen. Der Handel entwickelte sich so mit mehr Energie, als dies sonst am ersten Tage der Fall war und es vollzogen sich Ankäufe für den Bedarf ohne besondere Schwierigkeiten, die namentlich die besseren Wollen umfaßten. Besonders machte sich für feine Vorpommern gute Frage bemerkbar, die schon in den ersten Frühstunden zu nicht unbeträchtlichen Abschlüssen führte. Nach dem Verlauf des Vormittags-Verkehrs zu schließen, dürfte der Markt mit dem heutigen Tage, wenigstens was bessere Wollen anlangt, so ziemlich sein Ende erreichen. War der Markt nicht ohne Leben, so blieb es doch auf den Lägern noch still, und steht für dort erst demnächst Regsamkeit zu erwarten. Die Wäschen können wir im Allgemeinen nur als mittelmäßig bezeichnen. Die Preise stellen sich eher besser als in Stettin, besondere Thätigkeit entwickeln inländische Tuchmacher, während in- wie ausländische Kämmer ruhiger als sonst operiren; ein französisches Haus nahm bis jetzt nicht unbeträchtliche Wollen aus dem Markt, doch sind fremde Einkäufer nicht allzu zahlreich vertreten. Der Preisabschlag gegen voriges Jahr beziffert sich für feine Tuchwollen meist im Durchschnitt auf 10—12 Thlr., bei Mittelwollen beläuft sich derselbe auf 15—18 Thlr. und vereinzelt selbst bei schlecht behandelten Wollen bis auf 20 Thlr. Es erzielten mecklenburgische Kammwollen (ohne Lockenbedingungen) 43—$46\frac{1}{2}$ Thlr., vorpommersche Kammwollen 41—43 Thlr., märkische Stämme 45—50 Thlr. Gute Hinterpommern um 50 Thlr. herum bei guter Wäsche, sonst nahm man solche nur billiger.

## Börsen-Berichte.

**Stettin,** 21. Juni. Wetter schön. Wind NW Temperatur + 17° R.

An der Börse.

**Weizen** fest, pr. 2125 Pfd. loco gelber $70\frac{1}{2}$—74 Rt., geringer 68—70 Rt., bunter poln. 69—71 Rt., weißer 72—$73\frac{1}{2}$ Rt., ungarischer 58—66 Rt., 83- bis 85pfd. Juni u. Juni-Juli $72\frac{3}{4}$, $\frac{5}{8}$ Rt. bez., Juli-August $73\frac{1}{2}$, $\frac{1}{8}$ Rt. bez., $\frac{1}{4}$ Br. u. Gd., September-Oktober $72\frac{1}{2}$, 73 Rt. bez.

**Roggen** fest, Schluß ruhiger, pr. 2000 Pfd. loco 62—$62\frac{1}{2}$ Rt., geringer ungar. 58—60 Rt., Juni $61\frac{1}{2}$, $62\frac{1}{2}$, $62\frac{1}{4}$ Rt. bez., Juni-Juli $59\frac{1}{2}$, 60, $59\frac{3}{4}$ Rt. bez., Juli-August 57, $56\frac{1}{2}$ Rt. bez., Septbr.-Oktbr. $55\frac{1}{2}$, 55 Rt. bez. u. Gd., Oktober-November 54 Rt. bez.

**Gerste** ohne Umsatz.

**Hafer** pr. 1300 Pfd. loco $33\frac{1}{2}$—36 Rt., 47—50pfd. Juni 36 Rt. bez., Juni-Juli $35\frac{1}{2}$ Rt. Gd.

**Erbsen** per 2250 Pfd. loco Futter- 56—57 Rt., Koch- 58—$59\frac{1}{2}$ Rt.

**Mais** per 100 Pfd. loco 66—67 Sgr. bez.

**Winterrübsen** per Sept.-Okt. 95 Rt. bez.

**Rüböl** etwas fester, loco $11\frac{5}{6}$ Rt. Br., per Juni $11\frac{2}{3}$ Rt. Br., Juli-August $11\frac{7}{12}$ Rt. Br., Sept.-Oktbr. $11\frac{2}{3}$ Rt. bez., Br. u. Gd.

**Spiritus** still, loco ohne Faß $17\frac{1}{4}$ Rt. bez., per Juni 17 Rt. bez., per Juni-Juli 17 Rt. Br. u. Gd., Juli-August $17\frac{1}{8}$ Rt. Br., $17\frac{1}{12}$ Gd., August-Sept. $17\frac{1}{3}$ Rt. Br. u. Gd., Septbr.-Oktbr. 17 Rt. Br.

**Angemeldet:** 50 Wspl. Hafer. 50 Wspl. Roggen.

**Regulirungs-Preise:** Weizen $72\frac{3}{4}$, Roggen 62, Hafer 36, Rüböl $11\frac{2}{3}$, Spiritus 17 Rt.

**Stettin, den 21 Juni**

| | | |
|---|---|---|
| Hamburg | 6 Tag. | $151\frac{3}{4}$ bz |
| " | 2 Mt. | $150\frac{3}{4}$ bz |
| Amsterdam | 8 Tag. | 142 bz |
| " | 2 Mt. | $141\frac{3}{4}$ bz |
| London | 10 Tag. | 6 $26\frac{5}{8}$ bz |
| " | 3 Mt. | 6 $24\frac{5}{8}$ bz |
| Paris | 10 Tg. | $81\frac{3}{4}$ bz |
| " | 2 Mt. | $81\frac{5}{12}$ bz |
| Bremen | 3 Mt. | — |
| St. Petersbg. | 3 Wch. | $86\frac{1}{4}$ B |
| Wien | 8 Tag | $82\frac{3}{8}$ B |
| " | 2 Mt. | $81\frac{3}{4}$ bz |
| Preuss. Bank | 4 | Lomb. 5 % |
| Sts.-Anl. 5457 | $4\frac{1}{2}$ | $93\frac{1}{2}$ B |
| " " | 5 | 102 bz |
| St.-Schldsch. | $3\frac{1}{2}$ | 81 G |
| P. Präm.-Anl. | $3\frac{1}{2}$ | $123\frac{1}{4}$ B |
| Pomm. Pfdbr. | $3\frac{1}{2}$ | $71\frac{1}{2}$ bz |
| " " | 4 | 82 G |
| " Rentenb. | 4 | $87\frac{3}{4}$ B |
| Ritt. P.P.B.A. | 4 | $86\frac{1}{4}$ bz |
| Berl.-St. E. A. | 4 | $132\frac{1}{2}$ B |
| " Prior. | 4 | $80\frac{3}{4}$ B |
| " " | $4\frac{1}{2}$ | 92 bz |
| Starg.-P. E. A. | $4\frac{1}{2}$ | 93 G |
| " Prior. | 4 | 89 bz |
| St. Stadt-O. | $4\frac{1}{2}$ | 92 B |
| St. Börsenhaus-O. | 4 | 100 B |
| St. Schauspielh.-O. | 5 | 100 bz |
| Pom. Chausseeb.-O. | 5 | 100 bz |
| Greifenhag. Kreis-O. | 5 | — |
| Pr. National-V.-A. | 4 | 116 B |
| Pr. See-Assecuranz | 4 | — |
| Pomerania | 4 | 116 B |
| Union | 4 | $109\frac{1}{2}$ G |
| St. Speicher-A. | 5 | — |
| Ver.-Speicher-A. | 5 | — |
| Pom. Prov.-Zuckers. | 5 | — |
| N. St. Zuckersied. | 4 | — |
| Mcch. Zuckerfabrik | 4 | — |
| Bredower " | 4 | — |
| Walzmühle | 5 | — |
| St. Portl.-Cementf. | 4 | — |
| St. Dampfschlepp G. | 5 | — |
| St. Dampfschiff-V. | 5 | — |
| Neue Dampfer-C. | 4 | — |
| Germania | | $101\frac{3}{4}$ B |
| Vulkan | | 180 G |
| St. Dampfmühle | 4 | — |
| Pommerensd. Ch. F. | 4 | — |
| Chem. Fabrik-Ant. | 4 | — |
| St. Kraftdünger-F. | — | — |
| Gemeinn. Bauges. | 5 | 100 B |
| Grabow Stadt-Obl. | 5 | — |